

07-08
17

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Sommer
2017

EDITORIAL



von Cornelia Eichner

Anna Mateur hat sich den Kunst-Förderpreis der Landeshauptstadt Dresden mehr als verdient. Konsequenterweise wurde er ihr im Juni dieses Jahres für ihre Fähigkeit verliehen, dafür zu sorgen, dass uns das Lachen im Halse stecken bleibt. Er wird ihr verliehen, weil sie ihre Klappe nicht hält, wenn Menschen zu Schaden kommen. Schonungslos und mit viel Humor mischt sie sich in aktuelle Debatten ein, nimmt sich selbst und uns alle immer wieder selbstironisch auf die Schippe. Mit wilden Liedern und vorlauten Sprüchen hält sie uns den Spiegel vor.

Anna Mateur zeigt: „Lachen öffnet das Gehirn“. Sich selbst nennt die Kabarettistin, Jazzröhre, Operndiva, „Wunderstimme“ (Deutschlandfunk), auch gern Chaoshüterin und fordert mehr Chaos und Chaoshüter für eine Stadt, die Kulturhauptstadt werden will. Denn: Ordnung gibt den Rahmen, die Sicherheit, die Struktur. Aber gefüllt werden muss dieser Rahmen mit Leben und das ist per se chaotisch. Wer immer nur auf Messbares und Tradiertes setzt, ist von Veränderungen, die stets Chaos mit sich bringen, überfordert.

Folgerichtig spricht sie in ihrer Dankesrede von Ordnung, Freiräumen, Chaos, Zeugen von Kindern, Chaos, Pegida, Jugend, Chaos, Kulturhauptstadt, Gegendemos, Chaos, Sicherheit, Chaos, Taubenscheiße, Ordnungsamt, Chaoshüter, BRN und Chaos. Wer nur auf Ordnung setzt, produziert Stagnation, Stillstand. Ordnung ist humorlos. Entwicklung braucht Chaos. Veränderung braucht Chaos. Inspiration braucht Chaos. Natürlich braucht Chaos auch Ordnung, um zu wirken – und Ordnung braucht Chaos. Beide bedingen einander, Anna Mateur spricht hier vom „Tanz um die Mitte“. Für die Systeme zwischen Ordnung und Chaos braucht es Achtsamkeit. Für diese Achtsamkeit brauchen wir Chaoshüter. Für unsere Stadt brauchen wir Anna Mateur. Herzlichen Glückwunsch!

Cornelia Eichner ist Mitglied im Stadtvorstand DIE LINKE. Dresden

cornelia.eichner@dielinke-dresden.de

von Katja Kipping

In knapp 100 Tagen wird in unserem Land gewählt. Und bei dieser Wahl entscheiden wir nicht nur über unser Land – ob es demokratischer, sozialer und friedlicher wird. Wir entscheiden auch über Europa. Denn ich bin mir ganz sicher: Eine soziale Wende in Europa wird es nur geben, wenn wir hierzulande einen Kurswechsel schaffen.

Und damit es hierzulande und in Europa einen neuen Anfang geben kann, braucht es eine starke LINKE. Das meint nun ausdrücklich nicht, dass wir einen alten, klassischen Regierungswahlkampf planen. Das heißt nun auch nicht, dass wir einen Lagerwahlkampf der alten Art planen, wo sich mögliche Koalitionspartner schon vorher zueinander kennen, wie Verlobte vor der Hochzeit.

Es heißt aber auch, dass wir uns nicht von uns aus auf die Oppositionsrolle beschränken sollten. Machen wir uns nicht kleiner als wir sind, liebe Genossinnen und Genossen. Denn es geht um mehr. Es geht darum, Mut zu machen, dass sich hierzulande und in Europa etwas Grundlegendes ändern kann. Es geht auch darum, Lust auf eine bessere Gesellschaft zu wecken. Und es geht darum, der gesellschaftlichen Fantasie Futter zu geben, wohin die Reise in diesem Land auch gehen könnte.

Kein weiter so!

Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt doch allein die Bilanz der Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel diese Regierung. Und zu ihrer Bilanz gehört, dass die Armutszahlen kontinuierlich gestiegen sind. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut lebt, hat sich sogar in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Was die große Koalition einen Sparkurs nennt, das ist doch in Wahrheit ein Programm der Enteignung. Enteignet werden all jene, die hier arbeiten und hier leben. Sie werden enteignet, weil die Regierung ihnen das vorenthält, was ihnen eigentlich zusteht. Wer die Löhne drückt, der enthält den Beschäftigten den Lohn vor, der ihnen zusteht.

Und wenn wir vom Zustehen und Vorenthalten reden, muss auch eines ganz klar gesagt werden: Auch wer keiner Erwerbsarbeit nachgeht - egal, ob

Lust machen auf eine bessere Gesellschaft!



Bundesparteitag in Hannover

Foto: Uwe Schaarschmidt

er wegen seines Alters, wegen seiner fehlenden Qualifikation, wegen seines Gesundheitszustandes keine Arbeit auf dem Arbeitsmarkt findet, oder weil er nicht bereit ist, zu sittenwidrigen Löhnen und erniedrigenden Klauseln im Arbeitsvertrag zu arbeiten, hat ein Recht auf ein Leben in Würde und unsere Solidarität!

Wer nämlich meint, Hartz-IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der sagt bei der nächsten Lohnkürzung nicht Nein. Wer Angst hat, der ist weniger bereit zu teilen. Und das wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV bereits jetzt auf die ganze Gesellschaft. Und wer nun meint, die sanktionsfreie Mindestsicherung, das sei nur was für die Hartz-IV-Betroffenen, auch der irrt. Soziale Garantien nützen auch denjenigen, die jetzt noch eine gute Arbeit haben.

Verlässlicher Friedenskurs - im großen wie im kleinen

Uns wird oft vorgeworfen, unsere außenpolitischen Leitlinien seien unzumutbar für SPD und Grüne. Ich meine, eine verlässliche Friedenspolitik wäre für SPD und Grüne doch auch eine Chance. Seit über 16 Jahren haben wir jetzt den Krieg gegen den Terror. Die Zahl der Terroristen ist nicht

kleiner geworden. Im Gegenteil, der Terror hat sich globalisiert. Und angesichts dieser Bilanz frage ich ganz ernsthaft: Wäre es nicht an der Zeit, einen anderen Weg auszuprobieren? Einen Weg ohne Kriegseinsätze. Einen Weg ohne Rüstungsexporte

Und weil wir all das ernst meinen, legen wir uns mit mächtigen Gegnern an. Machen wir uns nichts vor. Wer bezahlbares Wohnen möchte, der muss den Mietspekulanten eine Grenze setzen. Wer eine solidarische Gesundheitsversicherung möchte, der legt sich automatisch mit den privaten Krankenkassen an. Wer möchte, dass diese Welt friedlicher wird, der hat die Rüstungslobby zum Gegner. Und wer wirklich soziale Sicherheit für alle will, der muss sich mit den Mächtigen anlegen.

Es liegen aufregende 15 Wochen Wahlkampf vor uns. Nutzen wir sie! Nutzen wir sie für ein Wahlergebnis, das uns Rückenwind gibt. Nutzen wir es für ein Wahlergebnis, das uns Rückenwind gibt, die Regeln zu ändern. Die Regeln, nach denen die Vielen meist verlieren und nur wenige gewinnen. Nutzen wir die kommenden Wochen, um Lust zu machen auf eine andere, eine bessere Gesellschaft! Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt!

Wie lebt es sich in ... Washington DC?

Übern großen Teich schwappen vor allem Hiobsbotschaften aus dem Weißen Haus herüber. Was die Hauptstadt der Vereinigten Staaten liebenswert macht, erzählt Antje Kazimiers, die seit mehreren Jahren in Washington wohnt.

von Antje Kazimiers

In Washington DC sind alle Häuser recht flach, es gibt keine Hochhäuser und Straßenschluchten. Das kommt daher, weil ein Gesetz verlangt, dass die Häuserhöhe die Breite der anliegenden Straßen + 20 Fuß nicht überschreiten darf. Die Innenstadt ist blitzblank und sauber. Im Frühling tauchen japanische Kirschen und Magnolien, die in der gesamten Stadt verteilt gepflanzt wurden, sie für ein oder zwei Wochen in rosé und es findet das Cherry Blossom Festival statt.

Wenn man nachts von einer Party mit Freunden nach Hause möchte und sich ein Auto teilt, bringt dich ein Lyft-Taxi (wegen den Berichten über schlechte Arbeitsbedingungen bei Uber nehmen wir jetzt Lyft stattdessen) fast zum gleichen Preis nach Hause wie die Metro. Ich weiß um die Bedenken bezüglich Uber und Co, aber eine Mutter erzählte mir auf einer meiner Fahrten, dass sie sich mit Uber immer mal etwas hinzu verdient, während sie auf ihre Tochter wartet, die sie zum Tanzunterricht und wieder nach Hause fährt. Auch unsere erste und einzige Tesla-Fahrt haben wir in einem solchen Taxi erlebt.

Die Museen, die zur Smithsonian Institution gehören, und der amerikanische Nationalzoo sind allesamt kostenlos. In DC gibt es u.a. zwei Kunstmuseen, eins über Luft- und Raumfahrt, das Leben der amerikanischen Ureinwohner, amerikanische Geschichte und ganz neu hat jetzt das Museum zur afroamerikanischen Geschichte und Kultur eröffnet. Das Vermögen der



Das Washington Monument in der Kirschblüte.

Foto: Antje Kazimiers

Stiftung Smithsonian entstammt den Hinterlassenschaften des englischen Wissenschaftlers James Smithson, der sein Erbe den USA vermachte, da er ohne eigene Nachkommen war, mit dem Auftrag, eine Einrichtung zu gründen zur Mehrung und Verbreitung des Wissens unter den Menschen. Ich kann mir kaum einen besseren Weg vorstellen, wenn man reich geworden ist, mit dem Geld etwas Sinnvolles anzustellen.

Auch nach Jahren bekomme ich ein beklemmendes Gefühl, wenn ich die vielen Obdachlosen sehe, die in DC leben und nachts auf den Grünflächen schlafen. Manchmal kaufe ich die Street Sense, die Obdachlosenzeitung der Stadt. Seit März ist die Martin Luther King Library für eine zweijährige Umbauphase geschlossen. Sie war ein Anlaufpunkt für Obdachlose in der Innenstadt, nicht nur wegen der sanitären Einrichtungen,

auch zur Recherche, es gab Veranstaltungen, kostenloses Essen und man hatte sogar Zugang zu einer zahnärztlichen Versorgung. Hoffentlich wird es Ersatzorte geben für diese Zeit. Eine Initiative hat ein Programm geschrieben, mit dem Obdachlose per SMS mit Informationen versorgt werden, wo sie an dem Ort, an dem sie sich gerade befinden, Hilfe oder Essen bekommen oder zum Beispiel ihre Sachen waschen können. Das Ziel ist, ihnen zu helfen, ihre Obdachlosigkeit zu überwinden.

Wie selbstverständlich ich hier mit so vielen Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenlebe und arbeite, finde ich toll. Viele, auch viele Amerikaner sind aus anderen Gegenden der Welt nach DC gezogen. Vielleicht ist das der Grund, dass es so viele Möglichkeiten gibt, einen unterhaltsamen Abend mit unbekanntem Menschen zu verbringen, zum Kartenspielen, Yoga im Park, Buchclubs? Man sieht sich wieder, oder auch nicht, das nächste Mal in einem Monat und geht morgen zu einer anderen Gruppe. Und was bekommt man mit von der großen Politik? Mit dem „Washingtonian“ gibt es ein Klatsch- und Tratschblatt über die Politikprominenz und die neuesten Trends in der Restaurantszene, das Kapitol hat einen Besucherbereich, den man besichtigen kann. Bestimmt kann man noch ganz andere Geschichten aus Washington DC erzählen. Ich hoffe, dass ich in der kommenden Zeit den östlichen Teil der Stadt, der sich weniger ums Geschäftliche dreht und nicht so sehr von Botschaften, Agenturen und Stiftungen geprägt ist, besser kennenlernen kann.

10 Jahre DIE LINKE

Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Partei

2005

22. Januar

Gründung der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (WASG) in Göttingen.

18. März

Lothar Bisky und Dagmar Enkelmann führen in Frankfurt a.M. erste Gespräche über eine Zusammenarbeit mit der WASG mit Klaus Ernst und Thomas Händel.

24. Mai

Zwei Tage nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, bei der WASG (2,2%) und die PDS (0,9%) an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, kündigt Oskar Lafontaine seinen Austritt aus der SPD an und erklärt seine Bereitschaft, ein Linksbündnis aus PDS und WASG zu unterstützen.

10. Juni

Gregor Gysi und Oskar Lafontaine kündigen ihre Kandidatur für ein gemeinsames Linksbündnis an.

6. August

In allen 16 Bundesländern sind die Landeslisten der Linkspartei.PDS zu den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 gewählt. Auf ihnen kandidieren neben Mitgliedern der Linkspartei. PDS auch Mitglieder der WASG und Parteilose.

18. September

Bundestagswahl. Die Linkspartei.PDS erreicht 8,7% der Stimmen. Es ist das bisher beste Wahlergebnis für die Linkspartei. PDS. Sie zieht damit wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag ein. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine werden Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.

2007

24., 25. März

Parallele Parteitage von Linkspartei. PDS und WASG in Dortmund beschließen die Gründungsdokumente der neuen Partei DIE LINKE. Sie werden mit 96,9 % bei der Linkspartei.PDS und mit 87,7 % bei der WASG nach zweitägiger Debatte angenommen. Bei einer darauf folgenden Urabstimmung stimmten 96,9 % der Mitglieder der Linkspartei und 83,9 % der WASG-Mitglieder für die Fusion.

16. Juni

Im Berliner Hotel »Estrel« wird die neue Partei DIE LINKE gegründet. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine stellen sich als gleichberechtigte Vorsitzende der neuen Partei zur Wahl.

Es darf kein Schluss-Strich gezogen werden

Zu Gast bei zwei Diskussionsforen war eine Zeitzeugin des politischen Geschehens von 1990 bis heute: Rentenexpertin Dr. Martina Bunge. Uwe Schaarschmidt sprach mit ihr über Ungerechtigkeiten von damals, die bis heute wirken.

Du hast eingangs Deines Vortrags zu Problemen der Rente Ost das am 1. Juni im Bundestag verabschiedete Gesetz der Bundesregierung zur Angleichung der Rentenwerte Ost an West kritisiert. Warum?

Einerseits war das Gesetz überfällig, nachdem die Kanzlerin seit Jahren Wahlversprechen gebrochen hat. Aber zu kritisieren ist, dass es noch bis 2025 dauern soll, bis der Rentenwert Ost in sieben Stufen an West angeglichen ist. Heftig zu kritisieren ist auch, dass im gleichen Zeitraum die Umrechnung der im Schnitt ein Viertel niedrigeren Löhne und Gehälter für die Rentenberechnung abgeschafft werden soll. Das mindert die künftigen Rentenansprüche aller Beschäftigten Ost.

Und letztlich ist der Titel des Gesetzes regelrecht gefährlich - es heißt: „Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz“. Der kann auch als „Schluss-Strich“ verstanden werden.

Ist denn mit diesem Gesetz nicht alles erledigt, was die Ost-Problematik betrifft?

Auf keinen Fall, denn die Überleitung der Alterssicherungssysteme der DDR in das bundesdeutsche Recht Anfang der 1990er Jahre brachte - neben den unterschiedlichen Rentenwerten Ost und West - für viele noch andere Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen mit sich. Die meisten Betroffenen sehen das als Geringschätzung ihrer Lebensleistung an. Und deshalb darf jetzt kein Schluss-Strich gezogen werden.

Betroffen sind nicht nur diejenigen, die schon lange in Rente sind und heute hoch betagt das Vertrauen auf Gerechtigkeit fast verloren haben. Auch bei denen, die derzeit in den Ruhestand gehen oder von Arbeitsagenturen oder Jobcentern so früh wie möglich in die Rente geschickt werden, wirken sich bestimmte Regelungen verheerend aus.

Krankenschwestern, Balletttänzer*innen, Kumpel der Braunkohleveredlung brauchen ebenso wie alle in Ingenieurberufen oder in Lehre und Wissenschaft, Kunst und Kultur, im öffentlichen Dienst oder bei Post, Bahn oder in den Sicherheitsorganen Tätigen spezifische Lösungen. Besondere Probleme ergeben sich bei den in der DDR Geschiedenen.

Woher rühren die besonderen Probleme der in der DDR geschiedenen Frauen?

Bei der Einheit trafen unterschiedliche Familienbilder Ost und West aufeinander und die spiegeln sich auch in den rentenrechtlichen Regelungen wider. Die DDR-Altersversorgung zielte auf Eigenständigkeit der Frauen und hatte neben dem eigenen Einkommen aus Erwerbstätigkeit viele großzügige Regelungen für Kindererziehung und Pflege von Familienangehörigen bis hin zu preiswerten freiwilligen Versicherung bei beruflichen Auszeiten.



Gemeinsam mit Katja Kipping diskutierte Dr. Martina Bunge am 14. Juni mit Interessierten in Dresden. Die Rentenexpertin war in Laubegast und in der Johannstadt zu Gast.
Foto: Uwe Schaarschmidt

All diese fielen mit der Rentenüberleitung ersatzlos weg. In der Bundesrepublik sind geschiedene Frauen über die vom Mann übertragenen Ansprüche im Versorgungsausgleich geschützt, der wurde allerdings nicht nachträglich übertragen. So leben heutzutage mehr als die Hälfte der in der DDR geschiedenen Frauen im Alter in Armut.

Die betroffenen Frauen sind sehr aktiv und der Verein der in der DDR geschiedenen Frauen e.V. hat im Februar diesen

Jahres beim Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau der Vereinten Nationen in Genf erreicht, dass die Bundesregierung ermahnt wird, eine Ausgleichsregelung zu schaffen. Auch am 1. Juni hat die Linksfraktion im Bundestag mit einem Antrag (DS 18/12107) aufgefordert, dass die Bundesregierung noch bis 30.06. 2017 einen Vorschlag für ein solches Entschädigungssystem für die in der DDR geschiedenen Frauen vorlegt. Wir sind gespannt, wie sich die Regierung und die

sie tragenden Fraktionen von CDU/CSU und insbesondere SPD in der letzten Sitzungswoche des Bundestages in dieser Legislaturperiode verhalten werden.

Hat die Linksfraktion im Bundestag das Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz der Bundesregierung einfach so hingegenommen?

Nein, auf meine Empfehlung hat die Linksfraktion zum Abschluss am 1. Juni zu dem Gesetz einen Entschließungsantrag eingebracht, mit dem sich der Bundestag selbst hätte verpflichten können, was über die im Gesetz geregelten Fakten hinaus noch zu tun ist.

Dieser Entschließungsantrag (DS 18/12618) fordert als erstes die Angleichung der Rentenwerte schneller bis 2019 und die Beibehaltung der Umrechnung der niedrigeren Ostgehälter und listet zweitens all die noch nicht zufriedenstellend überführten Sachverhalte aus den DDR-Alterssicherungssystemen auf. Und um Nägel mir Köpfen zu machen, wird die Bundesregierung aufgefordert, umgehend einen Katalog vorzulegen, welche Maßnahmen sofort zu Beginn der neuen, der 19. Legislaturperiode in Angriff zu nehmen sind.

Allerdings hat der Antrag nur die Zustimmung der Abgeordneten der Linksfraktion erhalten und so geht in der neuen Legislaturperiode wieder ein harter Kampf darum los, dass die Lebensleistung Ost endlich anerkannt wird.

Bundeswahlprogramm aktuell

Wir wollen das Rentenniveau anheben: Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53 Prozent erhöht werden, damit die Renten für alle spürbar steigen. Ein Rentenniveau von 53 Prozent kostet Beschäftigte und Arbeitgeber bei einem durchschnittlichen Verdienst von 3.092 Euro nur je 32 Euro mehr im Monat. Die vier Prozent Beitrag von 108 Euro (nach Zulagen) für eine Riesterrente könnten dafür entfallen. Durchschnittsverdienende hätten also 78 Euro mehr in der Tasche.

Solidarausgleich für Niedriglohn: Zeiten niedriger Löhne wollen wir ausgleichen. Die »Rente nach Mindestentgeltpunkten« wollen wir auch für Zeiten nach 1992 einführen. Vollzeitbeschäftigte mit zwölf Euro Stundenlohn und mehr erhielten dann in der Regel eine Rente von mehr als

Gute Renten für alle!

1.050 Euro. Eine Einzelhandelskauffrau mit einem Verdienst von 1.940 Euro brutto hätte dadurch monatlich gut 270 Euro mehr Rente. Von dieser Rente würden vor allem Frauen und Ostdeutsche profitieren!

Ausbildungszeiten müssen rentenrechtlich besser anerkannt werden und zu höheren Renten führen.

Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege müssen besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.

Für jedes Kind wollen wir drei Entgeltpunkte – das sind zurzeit über 90 Euro sogenannter »Mütterrente« – auf dem Rentenkonto gutschreiben. Egal, ob ein Kind 1960 oder 2010, in Ost oder West geboren wurde. Diese Verbesserung muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuern finanziert werden.

Für regelmäßig geleistete freiwillige und unbezahlte Arbeit von Bürgerinnen und Bürgern im organisierten anerkannten Rettungsdienst, Brandschutz, Katastrophenschutz und THW werden durch den Staat angemessene Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt.

Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung: Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden. Auch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Beamtinnen und Beamte und Managerinnen und Manager sollen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Bereits erworbene Ansprüche werden erhalten bzw. überführt. Für Langzeiterwerbslose müssen endlich wieder Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt werden. (Auszug, mehr unter: die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/ii-gute-renten-fuer-alle/)

Viel Diskussion, wenig zu meckern

Zum Bundesparteitag der LINKEN in Hannover

von Uwe Schaarschmidt

Hannover. Am Abend des zweiten Beratungstages des Bundesparteitags der LINKEN sitze ich im Garten eines indischen Restaurants, ruhig gelegen, in einer Seitenstraße im Zentrum der niedersächsischen Landeshauptstadt.

Ich hatte mich zwei Stunden vor dem geplanten Ende der Beratungen ausgeklinkt, weil ich mich nicht mehr konzentrieren konnte. Jünger wird man ja nicht. Und, um ganz ehrlich zu sein: Ich mochte auch nicht mehr zuhören. Die mit immer gleicher Inbrunst vorgetragenen Änderungsanträge („Wir machen uns unglaublich, wenn wir dies und das nicht ins Programm aufnehmen!“). Die mit der gleichen Inbrunst gehaltenen Gegenreden (Wie sollen wir das vor den Bürgern rechtfertigen, wenn dies so durchgeht!“). Nähme man das alles richtig ernst, sollte man meinen, nach so einem Parteitag stünde die Partei unter einem enormen Rechtfertigungsdruck, der nur noch von ihrer Unglaubwürdigkeit übertroffen wird.

So schlimm kam es allerdings nicht und prinzipiell ist es ja auch gut, wenn auf Parteitagen lebhaft und auch kontrovers diskutiert wird. Das war bei uns nicht immer so, die Älteren werden sich erinnern. Die Antragskommission hatte eine wirkliche Glanzleistung vorgelegt und die Flut von 1200 Änderungs- und Ersetzungsanträgen zum Programmentwurf auf 300 eingedampft. Immer noch genug Zwieback für die Delegierten, welche das Programm am Ende mit ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen haben.



Katja Kipping mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Lokführer, Claus Weselsky auf dem Parteitag in Hannover.

Als Ergebnis liegt ein Wahlprogramm vor, mit dem man sich als LINKER sehen lassen kann, auch wenn es mit 133 Seiten noch einmal gut ein Drittel länger geworden ist, als der Entwurf der Parteivorsitzenden. Die Diskussion über Länge und notwendige Inhalte von Wahlprogrammen ist indes so alt, wie die Parteien selbst. Der Wunsch nach Kürze und Lesbarkeit ist dabei ebenso nachvollziehbar, wie die Angst, irgendetwas wichtiges zu vergessen.

Wichtigste Themen gut gesetzt

Kernthemen sind natürlich die soziale Gerechtigkeit und der Frieden und es ist durchaus bemerkenswert, dass dies in den Medien diesmal weitgehend ohne Häme und Genöle auch sachlich vermittelt wurde. Zentral sind so die Abschaffung von Hartz IV und die Einführung

einer sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.050 Euro, wie auch eine Mindestrente in gleicher Höhe ebenso ins Programm gekommen ist, wie die Forderung nach einer Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und mehr Personal für Bildung, Gesundheit und Pflege.

Finanzieren will man dies über ein Steuersystem, das mittlere Einkommen ent- und größere Einkommen belastet. Das Programm fordert eine steuerliche Entlastung aller Einkommen bis 7.100 Euro. Ab einem Einkommen von 86.000 Euro im Jahr soll hingegen ein Steuersatz von 53 Prozent gelten, über 260.000 Euro sollen 60 Prozent, ab einer Million 75 Prozent zu zahlen sein. Eine Vermögensteuer von fünf Prozent soll ab einer Million Euro gelten. Intensiv diskutiert wurde auch das friedenspolitische Profil der Partei, insbe-

sondere die Auslandseinsätze der Bundeswehr, es setzte sich ein klares Nein zu Auslandseinsätzen durch. Eine durchaus weise Entscheidung, wenn man bedenkt, mit welch blumigen Worten die Beteiligung an Kriegen in den letzten Jahren so umschrieben wurde. Allerdings wurde dies einige Zeilen weiter weichgespült: „DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Kriege führt oder Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.“ Hier dürfte es für den Fall, dass es tatsächlich zu Koalitionsverhandlungen kommt, einige Unruhe geben.

Weiterhin wurde als Ziel formuliert, dass Rüstungsexporte verboten werden und schrittweise die gesamte Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt wird.

Ebenfalls Programm: Die Abschaffung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitsbündnis unter Einbeziehung Russlands. Keine neue, aber eine um so wichtigere Forderung.

Das fertige Wahlprogramm liegt inzwischen in der redigierten Fassung vor, man kann es sich unter www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm herunterladen und - wenn man Zeit und Lust hat - in Gänze zu Gemüte führen. Für die Freunde der Kürze wird es natürlich auch ein für den Wahlkampf geeignetes Kurzwahlprogramm geben, momentan ist es noch nicht erhältlich.

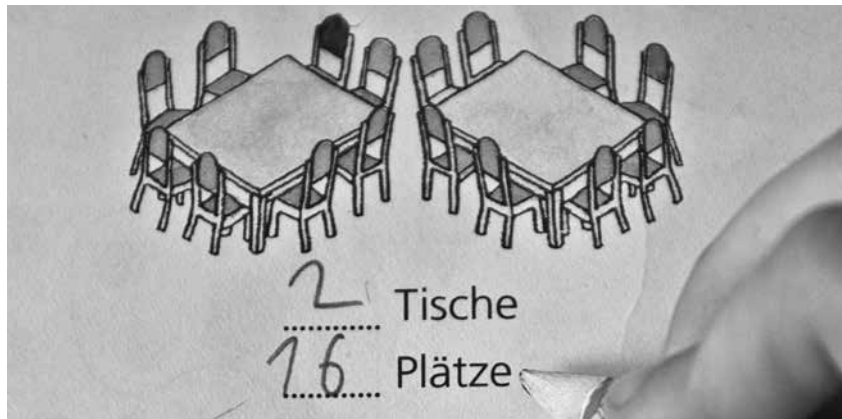
Bildung ist keine Ware

Der Mangel an Lehrkräften bestimmt weiterhin die sächsische Bildungspolitik unter CDU-Kultusministerin Kurth. Gegen das Versagen in der Schulpolitik hat sich nun die linke LAG Bildung neu konstituiert.

von Anne Holowenko

Am Freitag, den 9. Juni 2017, wurde die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bildung der Partei DIE LINKE. Sachsen neu gegründet. Dazu trafen sich GenossInnen und Interessierte aus allen Teilen Sachsens in Dresden, um zu klären, wie eine produktive Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe aussehen soll. Der landesweite Zusammenschluss tritt mit dem Ziel an, die vielen Kompetenzen im Bereich Bildung innerhalb unserer Partei zu bündeln, um gemeinsam für ein gerechteres Bildungssystem zu kämpfen. Dazu braucht es natürlich ein solides Netzwerk, das nun aufgebaut werden soll.

Da das Thema Bildung einen zentralen Punkt in allen Lebensbereichen darstellt, möchte die LAG sowohl das Thema der frühkindlichen Bildung, als auch die Schul- und Hochschulbildung und natürlich das lebenslange Lernen, z.B. in Form von Weiterbildung, als relevante Themen bedienen. Bessere Bedingungen für SchülerInnen und Studierende, kleine Klassen, kurze Wege, verbesserte Arbeitsbedingungen für LehrerInnen mit einer gerechten Entlohnung, eine attraktivere LehrerInnenausbildung und eine transparente Elternmit-



Kleine Klassen, kurze Wege und Inklusion

Foto: Birgitta Hohenester / pixello.de

wirkung sind weitere Bereiche, in denen dringender Handlungsbedarf besteht. Die Themen Integration, Inklusion und politische Bildung werden als ständige Begleiter einer gut durchdachten Bildungspolitik in allen Bereichen präsent sein. Aber auch neue Formen des Lernens und alternative Schulkonzepte sollen diskutiert und bewertet werden.

Angesichts der prekären Situation an den Schulen, auch im Vorfeld des neuen Schuljahres 2017/2018, mit tausenden unbesetzten Stellen in allen Schulbereichen, sollte Bildungspolitik einen

zentralen Platz innerhalb unserer Partei einnehmen. Die immer schlechter werdenden Bedingungen, unter denen Kinder lernen müssen, sind für viele Eltern Grund zum Ärgernis und sorgen für großen Zulauf an den Schulen in freier Trägerschaft. Es kann keine Lösung sein, Schulen dieses Typs in weiten Teilen des Landes die verfehlte Politik des Kultusministeriums kompensieren zu lassen. Bildung ist keine Ware und darf nicht zu einer Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern werden. Wir brauchen gute Bedingungen für alle Schülerinnen und Schüler!

Eine demokratische Schule mit inklusiven Bildungsangeboten und längerem gemeinsamen Lernen sind zentrale Forderungen linker Bildungspolitik. Diese möchten wir stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken, indem wir zum Beispiel bei thematischen Veranstaltungen unsere LAG auch außerhalb der Partei bekannt machen.

In der konstituierenden Sitzung wählten die zwölf anwesenden Gründungsmitglieder zunächst Eva Wolf (Stadtverband Chemnitz), Kerstin Popp (Stadtverband Leipzig) und Anne Holowenko (Stadtverband Dresden) als SprecherInnen. Zwei Posten im SprecherInnenrat blieben vakant und sollen in den nächsten Sitzungen nachbesetzt werden. Es sind vierteljährliche Treffen geplant, die Termine dazu werden auf der Homepage veröffentlicht. Wir freuen uns über weitere InteressentInnen, damit unsere Landesarbeitsgemeinschaft möglichst breit aufgestellt in die Partei hineinwirken kann. Bitte schreibt uns bei Interesse an einer Mitwirkung eine Mail an bildung@dielinke-sachsen.de. Wir freuen uns auf euch!

07-08
17**DIE LINKE**

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Sommer 2017

Ostmoderner Telespargel

Der Stadtrat debattierte in seiner vergangenen Sitzung über die Zukunft des Dresdner Fernsehturms. Der ist seit den 90er Jahren für die Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich. Die Stadtverwaltung ließ nun eine Machbarkeitsstudie zu verschiedenen Vorschlägen erstellen. Wir dokumentieren die Rede des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach.

„Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

in den vergangenen Jahren ist mit den Bauten der Architektur der Ostmoderne vielfach ein frevelhafter und respektloser Umgang gepflegt worden. Ich darf hier etwa an die rücksichtslose Zerstörung des Fußgängertunnels am Neustädter Markt erinnern oder an den Abriss des Robotron-Gebäudes an der Lingnerallee - verbunden mit dem unwiederbringlichen Verlust wertvoller Bleiglasfenster. Aber zum Teil geht man auch perfider vor, als nur mit der plumpen Abrissbirne. Etwa beim Rundkino, einem architektonischen Juwel der Ostmoderne, das als Solitär hervorragend konzipiert und umgesetzt worden war. Das Rundkino zu beseitigen, hat man nicht gewagt, dafür wurde es mittels anderer Gebäude regelrecht umzingelt, eingemauert und damit eines wesentlichen Teils seiner städtebaulichen Wirkung beraubt. Perfide ist auch die Strategie, Ensembles der Ostmoderne zielgerichtet so lange herunterkommen zu lassen, bis sie als Schandfleck empfunden werden, um dann an eben dieser Stelle Phantasien vom barocken Disneyland Dresden Wirklichkeit werden zu lassen. Wer es nicht glaubt, kann sich einfach mal den Neustädter Markt anschauen, wo die Fassaden traurig vor sich hinbröckeln, die Steinplatten auf dem Platz gesprungen sind und der Springbrunnen ein Bild des Jammers abgibt.

Auch der Umgang mit dem Dresdner Fernsehturm fügt sich in negativer Weise in diese Art des Umgangs mit der Ostmoderne ein. Zuerst wurde das beliebte Ausflugsziel für die Nutzung durch die Öffentlichkeit geschlossen und dann hat man darauf gesetzt, dass die Dresdnerinnen und Dresdner sich schon irgendwann damit abfinden würden.

Tun sie aber nicht. Und ich muss sagen, das finde ich großartig. Man muss nicht alles hinnehmen, nur weiles angeblich alternativlos oder zu teuer ist. Eine Stadt, die Steuergelder in sechsstelliger



Foto: Marco Barnebeck / pixelio.de

Höhe für einen Ski-Weltcup verschleudert, kann sich wohl kaum glaubwürdig darauf berufen, dass kein Geld da sei. Man beruft sich ganz nach Belieben immer wieder auf wirtschaftliche Zwänge, aber es ist ja bemerkenswert: Bei der Bankenrettung gab es keine wirtschaftlichen Zwänge. Die werden immer dann ins Feld geführt, wenn politische Kräfte etwas eigentlich nicht wollen, aber zu feige sind, das klar zu sagen.

75 Prozent der Dresdnerinnen und Dresdner sprechen sich dafür aus, den Fern-

sehturm wieder für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Daraus ergibt sich ein Auftrag für den Stadtrat und den Oberbürgermeister. Und wir von der LINKEN bekennen uns dazu: Der Fernsehturm ist ein tolles architektonisches Dokument der Ostmoderne. Wir wollen, dass er aus seinem Dornröschenschlaf erweckt wird. Ja und dazu müssen auch öffentliche Gelder eingesetzt werden. Wir sehen hier aber nicht nur die Stadt und den Freistaat Sachsen in der Verantwortung, sondern auch den Bund, der als größter Akti-

Dresdner Fernsehturm in Zahlen

Der Dresdner Fernsehturm ist **252 Meter** hoch.

Der Schaft des Bauwerkes besteht aus Stahlbeton und hat einen Durchmesser von **21 Metern**, der im Boden in **sechs Meter** Tiefe im Lausitzer Granit verankert ist.

Erbaut wurde der Fernsehturm zwischen **1963 und 1969**. Am **15. Dezember 1965** konnte Richtfest gefeiert werden.

Zwei Schnelllastenaufzüge brachten die jährlich rund **200.000 Gäste** nach oben.

Das Fernsehturm-Restaurant hatte von **10 bis 18 Uhr** geöffnet. Die **152 Plätze** auf den zwei Café-Etagen waren immer heiß begehrt.

Die KöchInnen arbeiteten in einer winzigen Küche in **145 Meter** Höhe.

Quelle: Stadtwiki Dresden

onär der Deutschen Telekom Jahr für Jahr enorme Dividenden einstreicht.

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Anmerkung: Als Ferienkind hatte ich zu DDR-Zeiten immer wieder das Glück, gemeinsam mit meiner Oma den Fernsehturm zu besuchen und von dort aus unsere Stadt zu betrachten. Es wäre wunderbar, wenn auch die Ferienkinder von heute gemeinsam mit ihren Großeltern dieses Erlebnis genießen könnten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Aus der Stadtratssitzung am 22. Juni 2017

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Juni 2017

DRUCKSACHE

#6

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

Machbar? Machen!

Der Dresdner Fernsehturm **Fernsehturm** ist ein Teil des kollektiven Gedächtnisses vieler Dresdnerinnen und Dresdner. Seit Langem engagieren sich zahlreiche Menschen für die Wiedereröffnung.

Der Stadtrat debattierte am Donnerstag eine Machbarkeitsstudie zum Turm. Fraktionsvorsitzender **André Schollbach**: "Jetzt sagen einige, eine Sanierung des Turms sei wirtschaftlich nicht machbar. Wirtschaftliche Erwägungen werden immer dann hervorgeholt, wenn man zu feige ist, zu sagen, dass man etwas nicht will." Wir sagen: Dieses Kulturdenkmal der Ostmoderne und Erinnerungsort unzähliger Dresdnerinnen und Dresdner muss saniert werden. Unzählige gesellschaftliche Akteure werden dabei helfen, da sind wir uns sicher. Bei der Frauenkirche hat es auch funktioniert. Eine Machbarkeitsstudie wurde damals übrigens nicht in Auftrag gegeben...



Erhaltung historischen Erbes

Am Donnerstag beschloss der Stadtrat Erhaltungssatzungen für Striesen und Blasewitz.

Bauexperte **Martin Schulte-Wissermann**: „Dresdens berühmte Schönheit und Baukultur beschränkt sich nicht allein auf das Areal des Neumarkts. Die Bauqualität unserer Stadt ist nicht von alleine gekommen, sondern beruht auf der konsequent eingreifenden und gestaltenden Hand unserer Vorfahren. Hier müssen wir wieder hin, denn schon ein einziges hässliches Gebäude kann ein Gesamtensemble eines historischen Viertels wie Striesen/Blasewitz ruinieren. Wir wünschen uns, dass die Stadtverwaltung beim derzeitigen Dresdner Bauboom viel genauer hinschaut, um eine ganzheitliche, nachhaltige Baukultur durchzusetzen.“

Im Januar 2017 beschloss der Dresdner Stadtrat, die Einrichtung eines Schulversuches zum Schuljahr 2018/2019 zu unterstützen. Es soll eine kommunale Bildungseinrichtung, initiiert und unterstützt von BildungswissenschaftlernInnen der TU Dresden, werden. Leider hat die Verwaltung keinerlei Schritte im Sinne dieses Beschlusses unternommen. Deshalb hatten die Fraktionen von LINKEN, GRÜNEN und SPD mit einem eigenen Antrag das Heft des Handelns in die Hand genommen, um im heutigen Stadtrat die Gründung der Universitätsschule zu debattieren. Der OB nahm das Thema aber überraschend von

STUNDENPLAN			
Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch
7:50-8:35	Mathe	Englisch	Deutsch
8:40-9:25	Deutsch	3.0	Mathe

Schule der Zukunft

der Tagesordnung. Um dennoch rechtzeitig einen Beschluss zur Gründung herbeizuführen, haben LINKE, GRÜNE und SPD einen Eilantrag eingereicht, der nach der Sommerpause unter anderem im nächsten Stadtrat am 17. August behandelt werden soll. **Anja Apel**: "Dresden will eine Zukunftsstadt sein, sie wirbt um Projekte. Menschen werden aufgefordert, Ideen und Visionen für die Zukunft Dresdens zu entwickeln und zu erproben. Hier haben wir ein Vision, von Wissenschaftlern/-innen der TU entwickelt, die bereits vor einem Jahr vorgestellt wurde und da lautet die Antwort der Verwaltung, das dauert 5-6 Jahre. Das können wir nicht hinnehmen." ■

Nach einer emotionalen Debatte wurde die federführend durch Rot-Grün-Rot überarbeitete Straßemusiksatzung angenommen. Wenn man manchen StadträtlInnen von der rechten Seite des Saales so zuhört, könnte man meinen, Musik und Kunst in den Straßen Dresdens wären der Untergang des Abendlandes. Haben dieselben Personen sich nicht kürzlich noch für die Kulturhauptstadtbewerbung ausgesprochen? Die Satzung ist ein sorgfältig ausgearbeiteter Kompromiss, der die Interessen der AnliegerInnen und der StraßemusikerInnen und -künstlerInnen



Straßenmusik

berücksichtigt sowie die bürokratischen Hürden möglichst gering anlegt. Auch das Ordnungsamt war beteiligt, da es bisher leider nicht gewillt war, die bereits bestehenden Regelungen durchzusetzen. Wir hoffen, diesen Zustand dadurch zu ändern. Das ist auch und vor allem wichtig für die StraßemusikerInnen, die sich bisher und zukünftig an die Regeln halten. ■

Immer weniger Pflegekräfte müssen immer mehr Patienten versorgen. Darunter leiden nicht nur die Kranken, auch das Pflegepersonal ist mit der Situation unzufrieden.

Was ist zu tun?

von Dr. Kris Kaufmann

Menschen in Dresden werden älter. Ein Großteil bleibt immer länger fit und aktiv. Damit Menschen sich so lang wie möglich am gesellschaftlichen Leben beteiligen und frühzeitig dafür sensibilisiert werden, ihre eigene Gesundheit bereits in jüngeren Jahren im Blick zu haben, setzt sich das WHO-Projekt „Gesunde Städte“ in Dresden ein – Egal ob durch Stadtteilstadspaziergänge, durch umfassende Aufklärungsarbeit oder kostenlose „Fit im Park“ Angebote ab August 2017. Dennoch nehmen zumeist Hilfe- und damit Pflegebedürftigkeit im hohen Alter, dem so genannten vierten Lebensalter, stark zu.

Im November 2016 wurden die Zahlen des Sachsen-Monitors vorgestellt. Demnach blicken nahezu drei Viertel der sächsischen Bevölkerung optimistisch in die Zukunft, starke Unterschiede in Abhängigkeit des Bildungsniveaus werden gleichwohl deutlich. In der repräsentativen Befragung konnten Teilnehmende auch den Grad ihrer Zufriedenheit mit ihren Lebensumständen bewerten. So entstand eine Art „Zufriedenheitsranking“, dessen Schlusslichter Aspekte wie soziale Absicherung, finanzielle Situation oder Höhe der Lebenshaltungskosten spielten. Dies ist wenig verwunderlich, wird doch seit Jahren der Sozialstaat kontinuierlich geschwächt. Übersetzt wird das mit „Stärkung der privaten Vorsorge“. Dies ist zynisch, denn private Altersvorsorge können sich viele trotz guter Arbeitsmarktlage aufgrund von geringen Löhnen, befristeten Verträgen, Teilzeitarbeit und schlechthin prekärer Beschäftigung gar nicht leisten. Gesetzliche Rentenversicherung oder Krankenversicherung, soziale Pflegeversicherung oder die Pflegeversicherung sind heute nur noch eine Art Teilkaskoversicherung, es bedarf der privaten Ergänzung.

PSG II: Wunsch und Wirklichkeit

Pflegebedürftigen Menschen eine gute und bedarfsgerechte Pflege – egal ob von eigenen Angehörigen oder professionellen Helfern – zu gewährleisten, ist und wird im steigenden Maße eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben auch in Dresden. Schon heute sind 27 % der DresdnerInnen und damit ca. 150.000 Personen über 60 Jahre alt. Bereits heute sind mehr als 15.000 DresdnerInnen pflegebedürftig, 85 % von ihnen sind älter als 65 Jahre. 40 % der Pflegebedürftigen werden von ihren zumeist weiblichen Angehörigen betreut, 35 % in stationären Einrichtungen und 25 % von ambulanten Pflegediensten. Der Anteil demenziell Erkrankter wächst kontinuierlich.

Durch das 2017 eingeführte 2. Pflege- und Altersstärkungsgesetz (PSG II) sollen grundlegende Veränderungen und Verbesserungen im Pflegesystem für Pflegebedürftige, Angehörige sowie Pflegekräfte gelten. Eckpfeiler ist die Ablösung der mehr als 20 Jahre alten Pflegestufen durch einen neuen Pflegebedürftigkeits-



Demenzkranke Frau

begriff, der sich stärker an den Bedürfnissen jedes Einzelnen, an seiner individuellen Lebenssituation, Beeinträchtigungen und Fähigkeiten orientiert. Ein weiterer wesentlicher Baustein ist in diesem Zusammenhang die Berücksichtigung von Demenzpatienten. Gleichzeitig gilt ab 2017 in jeder vollstationären Pflegeeinrichtung ein einrichtungseinheitlicher pflegebedingter Eigenanteil, der durch fiskalische Lenkung unweigerlich dazu führen wird, dass Menschen so lange wie irgendmöglich in der eigenen Häuslichkeit verbleiben, da ein Aufenthalt im Pflegeheim kaum durch eigene Mittel finanzierbar ist.

Mangel an Pflege(fach)kräften

Pflegerisches Fachpersonal ist bereits heute rar – der Beruf des Altenpflegers auch wegen der körperlichen und psychischen Belastung wenig attraktiv. Die niedrige Entlohnung ein Hohn. Die Reform der Pflegeberufe soll zukünftig ab 2018 bis jetzt getrennte Berufsbilder – in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege – in einer generalisierten Ausbildung zusammenführen. Experten des Pflege- und Ausbildungsbereiches wie auch ich sind sich sicher, dass diese Reform den Fachkräftemangel in der Altenpflege weiter verschärfen wird.

Während bereits heute Pflegekräfte händeringend gesucht werden, steigt die Zahl der Pflegebedürftigen unbeeinträchtigt. Ein idealer Markt für privates Engagement. So investieren auch in Dresden private Investoren aktuell in teils sehr große, vollstationäre Pflegeheime ohne sich dem organisatorischen und finanziellen Aufwand einer Ausbildung zu stellen. Personal wird meist aus bestehenden Einrichtungen und Pflegediensten lokal abgeworben. Schon heute wird der Großteil der Pflegefachkräfte, die in Dresden am BSZ für Gesundheit und Sozialwesen lernt, von der kommunalen Cultus gGmbH betreut. Sozialplanerisch ist diese Entwicklung höchst problematisch. Der Kommune selbst räumt der Gesetzgeber jedoch keine Steuerungsmöglichkeiten ein.

Gute Pflege 2030

Gerade deshalb lautet mein Handlungsansatz für Dresden „Gute Pflege 2030“ für Pflegende und Gepflegte. Umfassende Beratung, Prävention, Transparenz der Angebote und lokale Hilfe zur Selbsthilfe sind Bausteine, welche auch mit Hilfe des bestehenden Dresdner Pflegenetzwerkes und seine Akteure sowie die kommunale Pflegekoordinatorin im Sinne einer bedarfsgerechten und so-

zialräumlich differenzierten Infrastrukturentwicklung und einer vernetzten und vernetzenden Pflegeberatung gestärkt werden müssen. Strategien und Ansätze der lokalen Steuerung im Rahmen eines Modellkommunenansatzes, in dem Beratung Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen auch durch kommunale Beratungsstellen für die Dauer von fünf Jahren gefördert werden, sollen ausprobiert werden. Bei letzterem zeigt das Land Sachsen – das die Beantragung beim Bund zwingend unterstützen muss – bislang kein Interesse.

Aber: Gute Pflege benötigt eine Lobby. Deswegen habe ich ein großes Interesse daran, alternative Wohn- und Betreuungsformen wie Pflege-WGs, intergenerationale Wohnprojekte und den Ausbau und die Förderung ehrenamtlicher Strukturen in Wohnquartieren und Sozialräumen zu befördern und die aktuell gesetzlich geregelte, ausschließlich durch die Pflegekassen zu gewährende Pflegeberatung durch kommunale Pflegeberatungsangebote zu ergänzen. Heutige Beratungsangebote der Kassen sind Betroffenen häufig gar nicht bekannt, das frühzeitige Aufklären von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen über stationäre, teilstationäre und ambulante Leistungsarten, zu denen Entlastungsleistungen für Angehörige genauso wie wohnumfeldverbessernde Maßnahmen für Umbaumaßnahmen in der eigenen Wohnung gehören, sind jedoch elementar wichtig und werden es mit jedem Tag mehr.

Abschließend liegt es im Verantwortungsbereich unserer Gesellschaft, der Politik und jedes einzelnen gleichermaßen, Altenpflege als einen der wichtigsten und verantwortungsvollsten Berufe unserer Zeit endlich wahrzunehmen und zu honorieren.

Dr. Kris Kaufmann ist Sozialbürgermeisterin der Stadt Dresden

Pflegestammtisch Dresden

Der erste sogenannte Dresdner Pflege- stammtisch (DPS) fand im Oktober 2008 statt. Grundlage dafür ist ein Beschluss des Stadtrates. Demnach soll einmal im Quartal die Öffentlichkeit rund um das Thema Pflege informiert werden.

Nächste Termine:

23. August 2017

Pflege von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

25. Oktober 2017

Vollstationäre Pflege = Vollversorgung?

15.30 bis 17.30 Uhr

Mauersberger Saal

Haus an der Kreuzkirche 6

PflegeNetz Dresden

Das PflegeNetz Dresden soll den Einwohnerinnen und Einwohnern Dresdens helfen, schnell und unkompliziert die richtigen Ansprechpartner und Hilfsangebote zu finden.

Themenschwerpunkte:

Ambulante Versorgung

Überleitungsmanagement

Kurzzeitpflege

Kontakt:

Sozialamt / Sozialplanung

Junghansstraße 2

Telefon: 0351-4884870

E-Mail: sozialamt@dresden.de

Internetplattform PflegeNetz Sachsen

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz hat gemeinsam mit den Pflegekassen und den sächsischen Kommunen, Gemeinden und Landkreisen, eine Internetseite rund um das Thema Pflege ins Leben gerufen.

Sie erhalten dort einen ersten Überblick über die gesetzlichen Möglichkeiten der Pflege in Sachsen, finden Ansprechpersonen für Ihre Fragen und haben die Möglichkeit gezielt nach Angeboten und Einrichtungen in Ihrer Nähe zu suchen.

www.pflegenetz.sachsen.de

Zirkusse mit Wildtieren in der Kritik

Immer mehr Städte weigern sich, Zirkussen mit Wildtieren kommunale Plätze zur Verfügung zu stellen. Ist Zirkus nicht mehr zeitgemäß?

von Manuela Sägner

„Hereinspaziert, hereinspaziert! Stauen Sie und lassen Sie sich von den Darbietungen unserer Tiere faszinieren!“ So ähnlich werden Zirkusgäste beim Betreten einer Zirkusvorstellung begrüßt. Doch die Darbietungen wie den sogenannten Rüsselstand von Elefanten, Tigern, die durch brennende Reifen springen, Affen, die im glitzernden Kostüm Fahrrad fahren und anderes, stehen aus Tierschutzgründen zunehmend in der Kritik.

Keine artgerechte Haltung möglich

Tierschützerinnen und Tierschützer kritisieren seit langem, dass eine artgerechte Haltung von Wildtieren im Zirkus nicht möglich ist, denn diese Tiere haben einen hohen Anspruch hinsichtlich Platzbedarf, Klima, Gruppenzusammensetzung, Ernährung und Pflege. Es gibt keine Möglichkeit, sie in einem fahrenden Unternehmen artgerecht zu halten. Sie müssen ihr Leben oft in viel zu kleinen Käfigen oder Gehegen verbringen, haben zu wenig Bewegung, keine artgemäße Beschäftigung und keinen natürlichen Kontakt mit Artgenossen. Zudem leiden sie unter dem fremden Klima und unter dem Stress der permanenten Transporte.

Zwar gibt es die „Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen“, jedoch enthalten diese nur minimale Anforderungen, die zudem rechtlich nicht bindend sind.

Befürworter von Wildtieren im Zirkus dementieren dies jedoch. Sie argumentieren, Zirkusse seien die am stärksten kontrollierten Unternehmen mit Tierhaltungen. Die Dompteure würden ihre

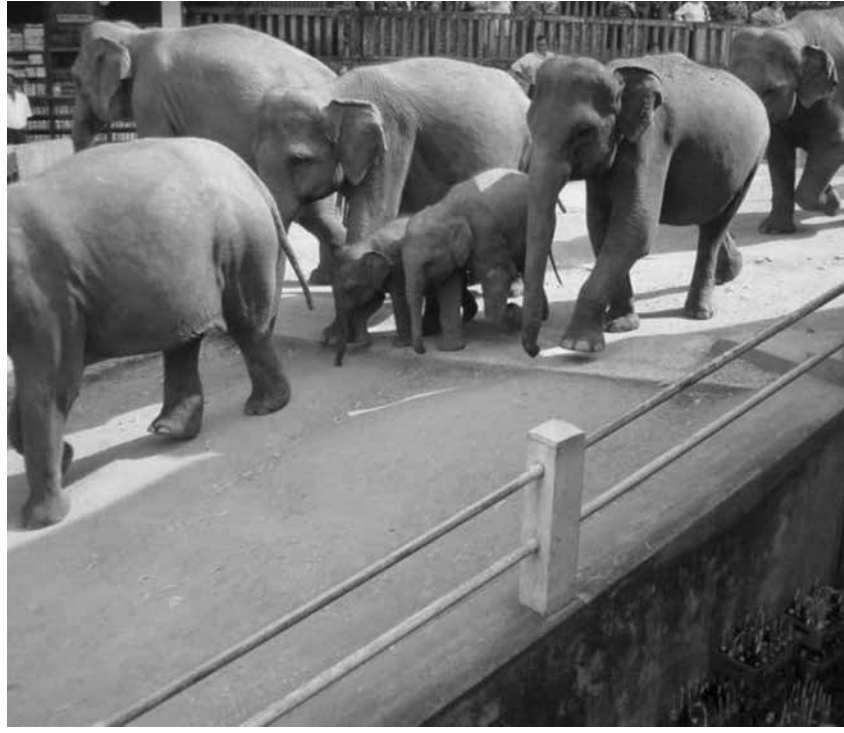


Foto: Bärbel Jobst / pixelio.de

Tiere lieben. Zudem wären die Tiere das Kapital der Zirkusse, mit dem man sorgsam umgehen würde. Neben den nichtartgerechten Lebens- und Transportbedingungen, stehen auch die Dressurmethode in der Kritik: Filmaufnahmen dokumentieren den Einsatz von Elefantenhaken, Peitschen, Knüppel oder Elektroschocker bei der Dressur. Die Zirkusleitlinien sehen unter anderem auch vor, dass die Tiergehege ausbruchssicher sein müssen. Dennoch – es kommt immer wieder zu Ausbrüchen, wie kürzlich durch zwei Kamele in Pulsnitz. Solche Vorfälle

bedeuten auch eine nicht zu unterschätzende Gefahr für Mensch und Tier.

Bundesrat für Wildtierverschmor im Zirkus

Darauf hat mittlerweile auch die Politik reagiert: Der Bundesrat hat in den Jahren 2003, 2011 und 2016 jeweils einen Antrag zum Verbot der Haltung bestimmter wild lebender Tierarten wie Affen, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner und Flusspferden im Zirkus eingebracht. Auch die Bundesregierung führt in der Begründung

zur Änderung des Tierschutzgesetzes (Drucksache 17/10572) im Jahr 2012 aus: „Es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass für einige der genannten Tierarten ein Verbot oder eine Beschränkung des Zurschaustellens an wechselnden Orten aus Gründen des Tierschutzes erforderlich sein könnte. Fortgesetzte Verstöße gegen die Haltungsvorschriften für manche Tierarten sowie die Häufigkeit von Verhaltensauffälligkeiten und gesundheitlichen Beeinträchtigungen der betreffenden Tiere in vielen Zirkusbetrieben weisen darauf hin, dass die Bestimmungen für deren tierschutzgerechte Haltung unter den Bedingungen des Zurschaustellens an wechselnden Orten nicht realisierbar sind.“.

Bundesregierung bleibt untätig

Trotz der Entschließung des Bundesrates hat die Bundesregierung bisher immer noch keine Regelungen getroffen. Deshalb hat DIE LINKE im Bundestag die Bundesregierung mit dem Antrag „Verbot der Haltung wild lebender Tierarten in Zirkussen“ (Drucksache 18/12088) vom 27.04.2017 zum Handeln aufgefordert.

Solange aber noch keine bundeseinheitliche Regelung existiert, müssen die Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst tätig werden. Bereits über 70 Städte und Gemeinden haben entsprechende Beschlüsse gefasst, Zirkussen, die Wildtiere mit sich führen, keine kommunalen Plätze mehr zur Verfügung zu stellen. In Dresden wird nun ebenfalls darüber diskutiert, denn DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zu diesem Thema einen Antrag eingebracht.

Konferenz der Konkurrenten

In vielen deutschen Städten haben Diskussionsprozesse und Debatten begonnen: 2025 hat eine deutsche Stadt die Chance, Kulturhauptstadt Europas zu sein!

Wie viele deutsche Städte hat sich auch Dresden auf den Weg gemacht und wird eine Bewerbung entwickeln. Jede Stadt, die sich zu diesem Schritt entschließt, will schon den Bewerbungsprozess mit Gewinn für die Stadtgesellschaft durchführen.

Dresden lädt ein zur Konferenz der Konkurrenten! Die Bürgermeisterin für Kultur

und Tourismus, Annetrin Klepsch, hat ihre Kolleginnen und Kollegen im Kulturausschuss des Deutschen Städtetages zum Erfahrungsaustausch eingeladen. Die Konferenz ist offen für alle Städte, die eine Bewerbung planen oder erwägen.

Wir glauben an die belebende Kraft der Konkurrenz und an den offenen Schlagabtausch. Wir glauben, dass das Wissen und die Fähigkeiten aller Beteiligten durch Teilen wachsen. Und wir glauben, dass wir nichts zu verlieren haben!



Vom 21. bis 23. September 2017 in Dresden

Die Eröffnung der „Konferenz der Konkurrenten“ findet am 21. September um 19:30 Uhr im Kulturpalast statt.

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Thomas Feske, Manuela Sägner,
André Schollbach
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Lasst meine Bilder nicht sterben

Mit dem Symposium zu Ehren von Fritz Schulze und weiteren Widerstandskämpfern wurde ein spannender Impuls Dresdner Erinnerungskultur weitergegeben.

von Jürgen Stäbener

Nach der Eröffnung des Gedenksymposiums durch den Veranstalter Waldemar Peine spricht die Historikerin Dr. Birgit Sack. Dass Waldemar Peine vor allem ihrem Einsatz diesen Tag verdankt, weiß er sehr wohl. Schließlich hatte Dr. Sack als verantwortliche Leiterin der Gedenkstätte Münchener Platz bereits 2004 unter dem Titel „GEZEICHNET. Das Künstlerpaar Fritz Schulze 1903-1942 und Eva Schulze-Knabe 1907-1976“ eine Ausstellung gewidmet. Ferner präsentierte sie gemeinsam mit anderen Autoren die Publikation „Lebenszeugnisse - Leidenswege Heft 17. Gezeichnet Kunst und Widerstand“. Die Publikation wirft ein Schlaglicht auf den Dresdner kommunistischen Widerstand, der bisher wenig erforscht war. Das in der DDR-Historiographie gezeichnete Bild wird von Dr. Birgit Sack aufgebrochen und korrigiert. Das gilt auch für die beiden Künstler Eva Schulze-Knabe und Fritz Schulze.



Familie Wehner, die ein Werk von Fritz Schulze in Ehren hält

„Wie iss'n die politisch?“, hatten einige Plauener Mitglieder der LINKEN von Waldemar Peine wissen wollen. „Ach, die ist ganz fortschrittlich“, antwortete er.

In der Tat beleuchtete Dr. Birgit Sack Fritz Schulzes Leben und Werk aus kunsthistorischer Sicht. Darüber hinaus zeichnet Dr. Birgit Sack den politischen Lebensweg des Künst-

lers aus zeithistorischer Perspektive nach und ordnet seinen Widerstand gegen das NS-Regime in die wechselvolle Geschichte der KPD und des kommunistischen Widerstands ein.

In Ehren hält die Familie Wehner ein Porträt ihres Vaters bzw. Großvaters, der gemeinsam mit dem Künstler Fritz Schulze im Widerstand gegen den NS-Staat gewirkt hatte und der ihn portraitierte. Fritz Schulze, wie auch seine Frau portraitierte zahlreiche Kampfgefährten nicht nur im häuslichen bzw. privaten Bereich, sondern auch in deren gemeinsamer Gefangenschaft. Fritz Schulzes unzerstörtes Werk umfasst ca. 750 Bilder und Holzschnitte. Sein künstlerisches Schaffen war zu Beginn von den Spätimpressionisten, später von der abstrakten Kunst, der Neuen Sachlichkeit und von der Sowjetkunst der 1920er und 1930er Jahre beeinflusst.

Sea-Watch spricht von „sächsischen Verhältnissen“

Agiert die Dresdner Staatsanwaltschaft politisch? Ermittlungen gegen die Seenotrettung MISSION LIFELINE wegen „Einschleusung von Ausländern“ wurden durch die sächsische Behörde eingeleitet.

Gegen die im Mai 2016 gegründete Initiative MISSION LIFELINE, die aus dem Dresden-Balkan-Konvoi hervorgegangen ist, wurden durch die Staatsanwaltschaft Dresden nach einer Anzeige durch Unbekannt Ermittlungen eingeleitet. Dem Vorsitzenden der Initiative und seinem Stellvertreter wird vorgeworfen, Migranten und Migrantinnen illegal einzuschleusen. Zu diesem Vorwurf sollen sie von der Bundespolizei Anfang Juli angehört werden. Bisher sammelt die Initiative Spenden, um dann ab September im Mittelmeer zwischen Libyen und Malta in Seenot geratene Flüchtende zu retten. Dazu erklärt die Dresdner Europaabgeordnete Cornelia Ernst (DIE LINKE):

„Die Ermittlungen sind aus dreierlei Gründen absurd. Zum ersten sind im Mittelmeerraum schon andere deutsche zivilgesellschaftliche Initiativen – allerdings aus anderen Bundesländern – tätig, von denen bisher gegen keine einzige ein Gerichtsverfahren durchgeführt wurde. Zum zweiten ist die Bundeswehr im Rahmen der EU-Operation „Sophia“ seit Mai 2015 mit Marinesoldaten beteiligt und hat bisher mehr als 20.000 Menschen aus Seenot gerettet. Und zum dritten ist MISSION LIFELINE noch gar nicht im Mittelmeer tätig.

Was im Rest Deutschlands unvorstellbar ist, ist in Sachsen Normalität: Die Art



Foto: sokaeiko / pixelio.de

und Weise des Vorgehens offenbart wieder einmal, dass Teile der sächsischen Justiz ihren Auftrag darin sehen, zivilgesellschaftliches Engagement zu behindern und Akteure einzuschüchtern. Darin scheinen sie mit der sächsischen CDU auf einer Wellenlänge zu liegen. Möglicherweise hoffen sie auch, Spenderinnen und Spender abzuhalten und die Mission so noch zu verhindern.

Wer so agiert, schaufelt Wasser auf die Mühlen von PEGIDA, AfD und Co. Als Politikerin, die sich schon seit mehr als zwei Jahrzehnten Flüchtlingsfragen widmet, gilt meine Solidarität jenen, die Menschenleben retten wollen. Schließlich verlässt niemand ohne Grund seine Heimat und gefährdet ohne Not sein Leben.“

MISSION LIFELINE

Weltweit sind über 65 Mio. Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Vertreibung, Vergewaltigung, Folter und Hunger, darunter 42 Mio. Menschen Binnenflüchtlinge, die Schutz und Zuflucht im eigenen Land suchen. Etwa 18 Mio. Flüchtlinge sind in grenznahen Gebieten in Lagern des UNHCR unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht. Die Zahl der in den 28 EU-Staaten um Asyl Bittenden liegt bei nur 1,5 % aller Flüchtlinge. Mehr als die Hälfte der Menschen auf der Flucht sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Europa baut immer höhere Zäune um seinen Reichtum zu schützen. Die Fliehenden sind gezwungen die unsicheren Boote zur Überquerung des Meeres zu besteigen. Es fehlen legale Wege, um das eigene Leben und das der Kinder in Sicherheit zu bringen. Wir treten dafür ein, dass diese Menschen das Recht haben zu überleben.

Kein Mensch hat es verdient, auf der Flucht vor dem Tod in der Wüste zu verdursten oder im Meer zu ertrinken.

CubaSi informiert

von Ursula Zierz

Nach längerer Informationspause melden wir uns nun wieder monatlich zu Wort. Wir informierten zuletzt, dass aus Gesundheits- und Altersgründen in der AG personelle Veränderungen erfolgten. Ich übergab die Leitung der AG an Marlies Grünzig, die Finanzbuchung wird Hannelore Winkler aus den stets zuverlässigen Händen von Christiane Helaß übernehmen. Anlässlich unserer am 30.05.2017 stattgefundenen „Informationsveranstaltung über Kuba“ bedankte sich die leitende Mitarbeiterin von Cuba Si Berlin, Miriam Näther, für die langjährige organisatorische Arbeit und brachte ihre Freude zum Ausdruck, dass der Staffelfstab der Organisation weitergegeben werden konnte.

Während der Veranstaltung erfuhren die Anwesenden über Fotobilder von einer Rundreise und einem Workcamp in Sancti Spiritus. Für die umfangreichen aktuellen Infos unserer Berliner bedankten sich die Teilnehmer und betonten, dass sich ihre Teilnahme gelohnt hätte, zumal sie ihr Kommen der Hitze wegen reichlich erwogen hätten.

Den wenigen Teilnehmern möchten wir deshalb besonders danken, da die Organisation immer viel Kraft erfordert. Rückblickend möchten wir den Spendern, Besuchern und aktiven Helfern unseres Standes zum 1. Mai und der Sammlung vom 01. Juni herzlich Dank sagen. Besonders ergeht er an die Familien Klaut, Puschendorf, Lange, Goethe, Frühauf, Werner und unseren Alfred Müller für sein unermüdetes Tun. Ursula Lolls umfangreiche Sachspende, ein wertvolles Werkzeugset, die 21



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“



Fahrräder und vieles mehr werden den kub. Freunden sehr helfen. Als Spenden gingen zum 1. Mai 380 Euro und zur Veranstaltung und der Sammlung 440 Euro ein. Wie unseren Spendern bekannt ist, verwenden wir die eingegangenen Spenden für den Transport und besonders die Reparatur von Fahrrädern, die von Spendern, oder durch die Initiativen des „Verein Arbeit und Lernen“ kommen. Im Verein werden die Fahrräder durch Langzeitarbeitslose in einen Topzustand versetzt und mit einem Reparaturset ausgestattet und dann per Container auf Reise nach Kuba geschickt, wo sie der Landbevölkerung zur schnell-

leren Bewältigung ihres Alltags dienen und natürlich heiß begehrt sind. Neben diesem erfolgreichen Projekt konnten wir ein zweites in Angriff nehmen. Wir fanden engagierter MitarbeiterInnen von Sanitätshäusern, die zurückgegebener Rollatoren- und Rollstühle als Spende abgeben und so dieses Projekt ermöglichen. Ab September 2017 werden diese reparierten orthopädischen Hilfsmittel nach Kuba gehen. Bei notwendigen Reparaturen wird ALD abgebaute Teile als Ersatzteile verwenden (also aus 2 mach 1). Jedoch werden auch Ersatzteilkäufe, sowie Transportkosten entstehen. Die vertragliche

Absicherung erfolgte selbstverständlich mit Cuba Si Berlin. Wir hoffen, dass Ihr, liebe SpenderInnen, Euch mit uns über diesen Erfolg freut und rufen auch die Sympathisanten Kubas auf, durch Geldspenden dieses Projekt zu realisieren! Auch kleine Beiträge helfen! Unsere Bankdaten stehen bei jedem Artikel

Kurzinfos zu Kuba, den ALBA- TCP- STAATEN

In der Erklärung(am 10.04.017) des 15. Politischen Rates der ALBA- TCP STAATEN erklären die Minister der Mitgliedsländer der Bolivarischen Allianz für unser Amerika, dass sie die Aggressionen und abgestimmten Manipulationen gegen Venezuela zurückweisen und das proimperialistische Verhalten des Generalsekretärs der OAS verurteilen.

Die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (WHO) hat die kubanische Ärztebrigade „Henry Reeve“ mit dem Preis für öffentliche Gesundheit ausgezeichnet. Damit würdigt die Organisation die Solidarität der Mediziner, die bereits in vielen Ländern im Einsatz waren. Die kubanische Nationalversammlung tagte in einer Sondersitzung am 1. Juni und beriet über das Konzept zur Weiterentwicklung des kubanischen Sozialismus.

Achtung!

Am 22. Juli findet die große FIESTA der Solidarität in Berlin/Lichtenberg statt. Anmeldung unter www.cuba-si.org. Sehr empfehlenswert! „K U B A IM WANDEL“ (Volker Hermsdorf und 16 Erfahrungsberichte 10 Euro.)
Saludos solidarios!

Jeder Tag ein Kindertag

Das Kinderfest des letzten Jahres stand noch unter einem schlechten Stern, da es in Strömen regnete - umso mehr sollte dieses Jahr ein Erfolg auf ganzer Linie werden

von Katharina Hanser

Gegen 15.30 Uhr baute der Ortsverband die Hüpfburg des Roten Baums auf, während mehrere Kinder bereits in den Startlöchern standen und es kaum erwarten konnten endlich anzufangen. Herzlichen Dank an dieser Stelle für die erneute freundliche Leihgabe durch den Roten Baum.

Innerhalb kurzer Zeit standen Hüpfburg, Pavillon-Stand und Sitzgelegenheiten – einem gelungenem Kindertag stand nichts mehr im Weg. Neben Süßigkeiten, Buntstiften, Malkreide und Ballons, gab es als besonderes Highlight Glitzerzuckerwatte in verschiedensten Farben, solange der Vorrat reicht. Dank dem Bäcker am Conertplatz und seiner Zuckerspender konnte dieser Vorrat zwischenzeitlich aufgestockt werden.

Das dezente, aber dennoch sichtbare Parteauftreten und das vordergründige Ziel, den Kindern einfach nur einen schönen Tag zu bescheren, wur-

de wohlwollend von den Gästen aufgenommen und wird bei Einzelnen sicher positiv im Gedächtnis bleiben.

Ein großer Dank gebührt der Familie Schreiber für die gesamte Organisation des Festes sowie dem jungen Genossen Marco für die großzügige Parteeispende von 2 Zuckerwattemaschinen, die zukünftig im Ortsverband Dresden West ausgeliehen werden können.

Ein weiterer Dank an all die (jungen) Genossinnen und Genossen, die den Ortsverband tatkräftig unterstützt haben. Sei es mit ausdauernder Hingabe, Zuckerwatte und Ballons zu verteilen oder bei dem Auf- und Abbau des Festes.

Es war ein wundervoller Kindertag, der gerne auch mehrmals stattfinden kann – beispielsweise im August als Wahlkampfveranstaltung von Tilo Kiebling. Frei dem Motto: „Jeder Tag sollte ein Kindertag sein.“



segovax / pixelio.de



Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Katja Kipping, Uwe Schaarschmidt, Jürgen Stäbener, Katharina Hanser, Frederic Beck, Ursula Zierz, Dr. Cornelia Ernst, Dr. Margot Gaitzsch, Antje Kazimiers
Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare

Weltfriedenstag

Der Bundestag hat am 1. Juni 2017 einen Antrag der Fraktion DIE LINKE (18/9587) gegen das Votum der Antragsteller abgelehnt, den Weltfriedenstag, der alljährlich am 1. September begangen wird, zu einem europäischen Feiertag zu machen. Ziel sei es, den Menschen in der EU die Möglichkeit zu geben, „grenzüberschreitend vielfältige spontane und organisierte Begegnungen zu erleben“, begründeten die Abgeordneten ihr Anliegen. Sie schlugen vor, die offiziellen Feierlichkeiten jedes Jahr von einem anderen Land ausrichten zu lassen. DIE LINKE hält es für ein „grundlegendes Problem“ in der EU, „dass viel zu wenig

Menschen miteinander ins Gespräch kommen“. Gespräche fänden in der Regel zwischen Regierungsvertretern und Beamten statt, weniger zwischen den Bürgern unterschiedlicher Staaten. Das müsse sich unbedingt ändern. Es wäre eine „zivilisatorische Leistung“, wenn es der Bundesregierung gelingen würde, andere Regierungen zu überzeugen, einen europäischen Feiertag zu beschließen. Dabei sollte sich die Bundesregierung nicht nur auf die EU-Mitglieder beschränken. „Einen wirklichen europäischen Feiertag gibt es nur, wenn sich möglichst alle Staaten Europas dieser Initiative anschließen“, betonten die Abgeordneten in der Vorlage.



Foto: DIE LINKE, Sachsen

Ein Tag gegen den Krieg

von Dr. Margot Gaitzsch

Am 1. September 2017 organisiert die AG Antifa der LINKEN.Dresden gemeinsam mit anderen Akteur*innen eine öffentliche Aktion anlässlich des Weltfriedentages. Unter dem Motto: Weltfriedenstag – ein Tag gegen den Krieg, gegen Kriege und Militäreinsätze weltweit“ haben wir für dieses Jahr sechs Schwerpunkte gesetzt.

- UN-Verhandlungen zum Atomwaffen-Verbot
- Aufrüstung von Drohnen, Rammstein als Ort der Lagerung und des Einsatzes
- Deutschland und die Auslandseinsätze
- Konversion
- Steigerung der Rüstungsausgaben (Forderung nach 2% des Nettohaushalt)
- Dresden und seine Mitgliedschaft bei „Major for Peace“

Am 01. September ab 16 Uhr auf dem Dr.-Külz-Ring vor der Altmarktgalerie

Im Westen geht die Sonne auf

Die Fraktion der GUE/NGL machte ihre Studientage in diesem Jahr im sonnigen San Sebastian, im Baskenland und traf interessierte junge Leute aus ganz Europa

von Frederic Beck

Wie ein Herz mutet es an, wenn man das Baskenland auf der Karte betrachtet und dieses Sinnbild haben sich seine Bewohner*innen zu eigen gemacht, offen und fröhlich sind sie, trotz des rauen Klimas am kantabrischen Meer. Da verwundert es nicht, wenn Josu Juaristi, Abgeordneter unserer Fraktion für die baskische Partei EH Bildu, leicht gestresst aber doch stets mit einem Lachen auf den Lippen durch die Szenerien huscht. Schließlich hat er, der Ausrichter dieser Studientage, einiges zu tun.

Die deutsche Delegation konnte es schon etwas ruhiger angehen lassen und sich voll auf die Diskussionen und Beiträge fixieren. So groß die kulinarische Bandbreite in der Region ist (Pinchos, Stockfisch...), so unterschiedlich waren auch die auf der Agenda stehenden Themen. Von Migration bis Industrialisierung wurde so ziemlich jeder wichtige Bereich europäischer Politik durch eines der prall gefüllten Panels abgedeckt. Am wichtigsten dabei die universelle Frage nach der Zukunft Europas.

Es lässt sich, wie weithin bekannt, sagen, dass die EU sich momentan in einer schwierigen Phase (Rechtsruck, Militarisierung...) befindet. Auf Stabilität im Westen und Osten ist seit Trump und Krimkrise nicht mehr zu bauen. So ist es in dieser prekären Lage elementar, dass die europäische Linke ihre Rolle



Foto: zauberstab08 / pixelto.de

im Gesamtkontext findet, um dann an Lösungen der gegebenen Konflikte zu arbeiten, indem sie selbst nicht nur kritisiert, sondern Gegenangebote schafft. Die Krise des Kapitalismus ist also eine Chance. So sind sich denn die Abgeordneten einig, wenn es eine linke Alternative schaffen soll diesen Entwicklungen Paroli zu bieten, dann nur mit der Möglichkeit einer breiten Mobilisierung von Sympathisierenden aus allen Schichten der und als geeinte Bewegung. Conny Ernst merkte an, dass es dabei nicht nur um nationale, sondern internationale Einheit gehe: „Wenn die Linke sich nur

auf nationale Thesen beruht, wird auch die Austerität niemals beendet werden.“. Dabei sind sich alle d'accord, dass das Fortbestehen der EU nur gewährleistet werden kann, wenn sie deutlich sozialer und friedlicher wird. Ein Teilnehmer hielt es mit Marx: „Nicht die Beschreibung der Ereignisse, sondern die Veränderung der Gegebenheiten ist zielführend.“ und traf damit auf breite Zustimmung. Emotional wurde es, als Vertreter*innen von NGO's Bildmaterial von Geflüchteten zeigten, die Tod aus dem Mittelmeer geborgen wurden. Solche schrecklichen Tatsachen zei-

gen eben doch, wenn es um Menschen geht, steht die Linke zusammen, gegen eine Technisierung der Flüchtlingskrise hin zur wirklichen Hilfe für Opfer.

Natürlich durfte auch ein Besuch im geschichtsträchtigen Miramar Palast nicht fehlen, der einst Monarch*innen als Sommerresidenz diente und in dem vor kurzem die baskische Unabhängigkeitsbewegung ETA ihre Waffen niederlegte und damit einen Jahrzehnte langen blutigen Konflikt mit Spanien einseitig beendete. Der Sprecher von EH Bildu ließ in seiner Rede aber auch deutlich werden, dass es immer noch zahlreiche politische Gefangene in spanischen Gefängnissen gäbe, sowie die Förderungen der baskischen Kultur und Autonomie noch weit unter den Forderungen zurückbleibe.

Am Abend dann in einer baskischen Cidremanufaktur am Rande von Donostia vergaßen doch einmal alle ihre politischen Differenzen und die großen Probleme des Weltgeschehens rückten kurz in den Hintergrund. Tanz und Musik vereint eben doch mehr als alles andere. Vielleicht ein Modell um Konflikte in Zukunft von einer anderen Perspektive anzugehen? Man weiß es nicht, schön war es allemal und so kalt, wie die meisten Spanier*innen behaupten, war es nun wirklich nicht.